



Berlin, den 05. April 2012

## **Pressemitteilung**

### Trendwende bei der Bezahlung der Berliner Beamten nötig

Schon seit einiger Zeit bleibt die Bezahlung der Berliner Beamten weit hinter der anderer Bundesländer und dem Bund zurück. Dabei geht es für die Berufsanfänger unter den Verwaltungsjuristen im Verhältnis zu den meisten Ländern und dem Bund derzeit schon um eine Differenz von 100 bis knapp 600 Euro monatlich, die sich mit den vereinbarten Tarifsteigerungen noch weiter vergrößern wird.

"Der Tarifabschluss des Bundes und der Kommunen für ihre Angestellten mit einer Anhebung von 6.3 Prozent für das laufende und das nächste Jahr ist das richtige Signal", betont die Vorsitzende des Verbandes Berliner Verwaltungsjuristen, Erika Lanzke. "Dadurch erfahren die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung endlich eine Wertschätzung, die von den Führungskräften schon länger eingefordert wurde. Die mit dem jahrelangen drastischen Personalabbau verbundene Arbeitsverdichtung verlangt nach einem angemessenen Ausgleich. Nur durch ein Umdenken der für Berlin Verantwortlichen lässt sich die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Verwaltung sichern. Die für dieses und das kommende Jahr in Berlin angestrebte Besoldungserhöhung von jeweils 2 Prozent reicht dazu eindeutig nicht aus. Eine effektive Erhöhung der Kaufkraft gibt überdies der Wirtschaftsentwicklung der Stadt Berlin einen positiven Impuls."